



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

131. Ratssitzung vom 5. Februar 2025

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nrn. 2024/498 und 2025/10

4270. 2024/498

Weisung vom 06.11.2024:

Liegenschaften Stadt Zürich, Kommunalisierung der Bewirtschaftung städtischer Parkhäuser, Projekt Miteinander, neue einmalige Ausgaben, Abschreibung Motion und Postulat

Antrag des Stadtrats

1. Für die Kommunalisierung der Bewirtschaftung der städtischen Parkhäuser wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von zwei Millionen Franken gemäss STRB Nr. 3387/2024 ein Zusatzkredit von Fr. 2 116 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 4 116 000.–.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass die zuständigen Anstellungsinstanzen die Anstellung der Mitarbeitenden der PZAG bei der Stadt auf 1. Januar 2026 verfügen, bevor der Gemeinderat über das Budget 2026 beschlossen hat.
3. Die Motion GR Nr. 2021/184 der AL-Fraktion vom 21. April 2021 betreffend Kommunalisierung der Bewirtschaftung der Parkhäuser und Liquidation der Parking Zürich AG wird abgeschrieben.
4. Das Postulat GR Nr. 2002/483 von Roger Bartholdi und Roger Liebi (beide SVP) vom 13. November 2002 betreffend Parkhäuser, Privatisierung wird abgeschrieben.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2024/498 und 2025/10

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit Änderungsanträge / Kommissionsminderheit Schlussabstimmungen über die Dispositivziffern 1 und 2 / Kommissionsreferat Schlussabstimmungen über die Dispositivziffern 3 und 4:

Patrik Maillard (AL): Die Geschichte der Parking Zürich AG (PZAG) beginnt in den 1960er-Jahren mit der Planung des Baus des Urania Parkhauses. Die Stadt Zürich war damals mit 60 Prozent an der AG beteiligt. Die anderen beiden Aktionäre verloren rund 20 Jahre später das Interesse an der AG und boten der Stadt ihre Anteile an. Die Stadt Zürich wurde im Jahr 1984 Alleinaktionärin der Parkhaus Urania AG. Diese AG übernahm die Rolle der Bewirtschafterin aller städtischen Parkhäuser. Auch das vorher dafür



zuständige Personal aus der Liegenschaftsverwaltung wurde übernommen. Es fand also gewissermassen ein Outsourcing der städtischen Parkhäuser an eine stadteigene Aktiengesellschaft statt. Die Parkhaus Urania AG blieb Eigentümerin und Baurechtsnehmerin des Parkhauses Urania und gründete für die Bewirtschaftung sämtlicher städtischer Parkhäuser eine Tochtergesellschaft: die Parking Zürich AG. Im Jahr 2013 fusionierten die beiden zur PZAG, die seither die alleinige Betreiberin war. Um die Eigentümerstruktur weiter zu vereinfachen, kam es im Jahr 2021 nach einem Gemeinderatsbeschluss rückwirkend zur Aufhebung des Baurechtsvertrags und damit zum Heimfall an die Stadt Zürich. Die PZAG ist seither nur noch Betreiberin der Parkhäuser und tut dies mit eigenem Personal. Im Juni 2022 überwies der Gemeinderat dem Stadtrat eine Motion der AL, die eine Kommunalisierung der Bewirtschaftung der Parkhäuser und die Liquidierung der PZAG forderte. Begründet wurde die Motion mit der Verschlinkung der Strukturen und der Verbesserung der Oberaufsicht durch den Gemeinderat, die nur sehr eingeschränkt möglich war. Als Beispiel einer bereits vollzogenen Kommunalisierung wurde damals die Rolf Bosshard AG genannt: Das Kehr- und Abfuhrunternehmen, das ebenfalls vollständig in städtischem Besitz war und seit längerem in Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) integriert ist. Im Prinzip fällt die Umsetzung eines Integrationsprojekts nicht in die Kompetenz des Gemeinderates, sondern in jene des Stadtrats. Bei diesem Projekt mit dem Namen «Miteinander» übersteigen die neuen Ausgaben allerdings die 2-Millionen-Grenze. Deshalb entscheidet der Gemeinderat über diese Weisung. Das Jahr 2025 ist als Transformationsjahr vorgesehen. Die Integration der technischen Infrastruktur und die Migration der IT-Systeme sind komplexe Aufgaben, die sowohl Zeit als auch Geld brauchen. Sie stellen laut Stadtrat eine Investition in die Zukunft dar, weil zukünftig die hohen technischen Standards und Sicherheitsstandards der Stadt eingehalten werden. Die rund 30 Mitarbeitenden bleiben bis Ende 2025 Angestellte der PZAG. Ab Januar 2026 sollen sie städtische Angestellte werden. Die Liquidierung kann aufgrund der hohen Vermögenswerte und der komplexen Geschäftstätigkeit nur durch ein darauf spezialisiertes Beratungsunternehmen durchgeführt werden. Die Kosten von insgesamt 4,116 Millionen Franken inklusive Reserven sind zu rund zwei Dritteln der Integration in die städtische IT-Infrastruktur geschuldet; ein weiterer Teil der Übernahme des befristeten Mietvertrags für die Räumlichkeiten der PZAG. Zwei Millionen Franken bewilligte der Stadtrat bereits in eigener Kompetenz. Damit leitete er wichtige Schritte ein, damit die Kommunalisierung innerhalb der nächsten zwei Jahre vollendet werden kann. Der Stadtrat beantragt einen Zusatzkredit für die restlichen 2,116 Millionen Franken und die Abschreibung der Motion der AL-Fraktion. Das Postulat GR Nr. 2002/483, das eine Privatisierung der PZAG fordert, soll ebenfalls abgeschrieben werden. Die Anstellungsinstanzen sollen die ab Januar 2026 geltenden Arbeitsverträge mit den bisherigen Mitarbeitenden der PZAG vor Abschluss des Budgets 2026 abschliessen können. Die Minderheit der Sachkommission Finanzdepartement (SK FD) stimmt der unveränderten Weisung zu. Es handelt sich um die Umsetzung einer Motion, die verbindlichen Charakter hat. Die Grünen, die SP und die AL als Motionärin unterstützten den Vorstoss damals und sehen die Motion in ihrem Sinn gut umgesetzt. Die Kommunalisierung ergibt sowohl längerfristig wirtschaftlich Sinn als auch betreffend die einfach durchzuführende



Oberaufsicht durch den Gemeinderat. Die ehemalige Aktiengesellschaft wird demokratischer und öffentlicher. Die Mehrheit lehnt den Änderungsantrag für eine neue Dispositivziffer 2 betreffend das Einfrieren der Anzahl Parkhäuser und der darin enthaltenen Parkplätze auf den Stand Januar 2025 als nicht zielführend ab. Was zukünftige Generationen mit diesen Parkhäusern machen werden, wissen wir heute nicht. Deshalb will die Mehrheit der SK FD keine fixe Anzahl Parkhäuser und Parkplätze festschreiben. Die Gesellschaft ist in stetem Wandel – besonders was die Mobilität und den Privatverkehr betrifft. Das Postulat GR Nr. 2002/483 fordert mit der Privatisierung der PZAG das exakte Gegenteil von dem, das der Stadtrat in die Wege geleitet hat. Deshalb ist die Abschreibung aus unserer Sicht die logische Folge. Die Mehrheit lehnt den Änderungsantrag zur Dispositivziffer 2 ab, der ablehnend zur Kenntnis nehmen will, dass die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeitenden der PZAG auf den 1. Januar 2026 vor Budgetabschluss verfügt werden. Die Ablehnung ist aus Sicht der Parteien, die diese Weisung ganz ablehnen, eine logische Schlussfolgerung. Wenn wir aber wollen, dass die bisherigen Mitarbeitenden der PZAG ab dem Jahr 2026 zu städtischen Angestellten werden, müssen die Arbeitsverträge aus arbeitsrechtlicher Sicht vor Budgetabschluss abgeschlossen werden.

Kommissionsminderheit Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2 / Änderungsantrag zu Dispositivziffer 4:

Samuel Balsiger (SVP): *Es ist klar, wohin das führen soll: Zürich soll autofrei werden und dieses Geschäft ist ein kleines Puzzlesteinchen auf diesem Weg. Werden die Parkhäuser verstaatlicht, hat der Stadtrat die Oberhand darüber, was mit ihnen passiert. Es gibt bereits einen Vorstoss der Grünen, der die Parkhäuser umnutzen will. Es wird mit verdeckten Karten gespielt. Das Ziel ist es, die Parkhäuser aufzulösen. Selbst der Stadtrat sagt, dass die jetzige AG sehr gute Arbeit leiste. Trotzdem soll mit einem grossen internen Aufwand eine Verstaatlichung stattfinden. Das gesamte IT-System muss herausgerissen und neu installiert werden. Es wird immer davon gesprochen, graue Energie einzusparen. Wo ist der Klimaschutz, wenn ein gut funktionierendes System abgebrochen und neu installiert wird? Wir fordern in einer Initiative, dass der Bestand an Parkplätzen per 1. Januar 2025 festgesetzt wird. Die Initiative kommt zustande, wir haben genug Unterschriften. Das bedeutet, dass die Parkplätze in den Parkhäusern erhalten werden müssen. Deshalb haben wir einen neuen Dispositivantrag gestellt, der verlangt, dass der Bestand in den Parkhäusern per 1. Januar 2025 festgesetzt wird. Zürich kann nicht autofrei werden. Das ist eine Illusion. Ausserdem macht es bei 30 000 Staatsangestellten keinen Sinn, ein privates Unternehmen zu verstaatlichen und die Angestellten in den städtischen Betrieb zu integrieren. Sie haben es in dieser Legislatur innerhalb von drei Jahren geschafft, 1700 Millionen Franken zusätzlich auszugeben. Wenn Sie so Politik betreiben, alles verstaatlichen und die Infrastruktur, die zum Wohlstand beiträgt, abbauen wollen, fahren Sie finanziell in eine Wand. Die SVP kann da nicht mitmachen.*

Kommissionsminderheit Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2 / Kommissionsmehrheit Schlussabstimmungen über die Dispositivziffern 1 und 2:



Serap Kahriman (GLP): Der Änderungsantrag zur Dispositivziffer 2 wurde konsequenterweise von uns gestellt, weil wir den Zusatzkredit für die Kommunalisierung der Bewirtschaftung nicht sprechen möchten. Wir werden die Dispositivziffer 1 in der Schlussabstimmung ablehnen. Wir stehen heute wieder einmal vor der Frage, ob die Bewirtschaftung der Parkhäuser kommunalisiert werden soll und ob das der richtige Schritt für unsere Stadt ist. Die Mehrheit der Kommission stellte die Frage, ob es eine staatliche oder städtische Aufgabe sein sollte, Parkhäuser zu betreiben und eine Änderung der heutigen Situation wirklich notwendig sei. Die GLP-Fraktion teilt diese Skepsis und lehnt den Zusatzkredit über 2 Millionen Franken ab. Die GLP sagte bereits im Jahr 2021 Nein zur Motion, aber Ja zum Postulat. Wir bekennen uns weiterhin dazu, dass es im Interesse der Stadt ist, Einfluss auf die Verkehrspolitik und Preispolitik der Parkhäuser zu nehmen. Doch diese Verantwortung muss für uns nicht zwangsläufig in den Händen einer städtischen Dienstabteilung liegen. Die Parkhäuser gehören heute zu 100 Prozent der Stadt und die PZAG kümmert sich um die Bewirtschaftung. Wir sehen im Moment keinen Mehrwert, wenn das zukünftig von einer Dienstabteilung statt von der PZAG übernommen wird. Alleine die Integration der IT-Infrastruktur in die städtische Verwaltung kostet mehr als 800 000 Franken. Sollten die Parkhäuser in Zukunft nicht mehr als solche genutzt werden, ist das schlicht verlorenes Geld. Deshalb sieht die GLP im Moment keinen Grund, die derzeitige Organisationsform zu ändern und die 2 Millionen Franken zu investieren.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat GR NR. 2025/10 (vergleiche Beschluss-Nr. 4195/2025): Dass die PZAG kommunalisiert oder verstaatlicht werden soll, hat der Gemeinderat schon im Juni 2022 beschlossen. Die vorliegende Weisung vollzieht diese Kommunalisierung. Wer 14 Parkhäuser an teils lukrativster Lage besitzt, hat einen grossen Einfluss auf die Stadt und prägt sie entscheidend mit. Das soll nicht an eine AG ausgegliedert werden, die zwar zu 100 Prozent im Besitz der Stadt ist, auf die man aber politisch nur mässig Einfluss nehmen kann. Die Vergangenheit zeigte, dass dieser Einfluss enorm vom zuständigen Stadtrat abhängig ist. Zuletzt räumte die PZAG mit den Versäumnissen und Verfehlungen der Vergangenheit auf. Für den Gemeinderat war es in der Vergangenheit aber zu oft zu schwierig, seine Oberaufsicht wahrzunehmen. Deshalb machen eine Kommunalisierung und ein direkter Einfluss Sinn. Die Grünen stimmen der Weisung in der vorliegenden Form zu. Den Änderungsantrag der SVP, der der Stadt nach der Kommunalisierung ein Denkverbot in Bezug auf allfällige künftige Weiternutzungen auferlegen will, lehnen wir ab. Es ist eine schlechte Zukunftsperspektive, wenn man vorschreiben will, dass sowohl die Anzahl Parkhäuser als auch die Anzahl Parkplätze für eine längere Zukunft genau auf dem Stand von heute bleiben müssen. Wir möchten vielmehr, dass weitergedacht wird. Deshalb reichten wir auch das Postulat ein, mit dem wir den Stadtrat auffordern, die kommunalen Parkhäuser schrittweise für städtische Infrastruktur oder – bei geeigneter Lage und Bauweise – für Wohnräume umzunutzen. Wir sagen damit nicht, dass ab dem 1. Januar 2026 sofort jedes Parkhaus umgenutzt werden muss. Aber wir möchten, dass der Zuwachs an städtischer Infrastruktur uns zwingt, zu überlegen, welche Nutzung an welcher Lage sinnvoll ist. In der Begründung des Postulats nennen wir ein paar Ideen für zukünftige Nutzungen. Beim



Hauptbahnhof gibt es direkt an der Sihl ein Parkhaus. Man kann sich fragen, ob es Sinn macht, dass Autos anstatt Menschen die Aussicht auf die Sihl geniessen. Das Parkhaus Hohe Promenade wiederum verfügt über einen Durchgang an den Bahnhof Stadelhofen, wo aktuell für viel Geld ein zweiter solcher Durchgang geplant wird. Man könnte sich fragen, ob es nicht eine Möglichkeit gäbe, das mit diesem Parkhaus zu verbinden. Ausserdem könnten Tiefgaragen beispielsweise auch als Energiezentralen für das Fernwärmenetz genutzt werden. Es gibt sicher noch andere gute Ideen und vielleicht bleibt es an der einen oder anderen Lage auch für die nähere Zukunft bei einem Parkhaus. Dieses Postulat macht den Weg frei, dass wir, wenn wir schon in den Besitz von so lukrativer Infrastruktur kommen, auch ein bisschen weiterdenken können.

Anthony Goldstein (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 29. Januar 2025 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat GR NR. 2025/10: *Wir haben wenig gegen eine neue Nutzung leerer und ungenutzter Parkhäuser. Aber wir haben noch viel weniger gegen Parkhäuser, wenn sie für den Zweck genutzt werden, für den sie gebaut wurden: zum Parkieren von Autos. Autos bringen der Stadt einen Mehrwert, weil Leute mit dem Auto in die Stadt fahren, um einzukaufen. Wir lehnen das Postulat entschieden ab. Zur Weisung: Das Thema geht auf die AL-Motion vom April 2021 zurück. Die Forderung wurde damals vom Stadtrat als Motion nicht unterstützt. Die Stadt ist bereits Eigentümerin aller Parkhäuser und verfügt über ein separates Unternehmen, das den Betrieb abwickelt. Die FDP befürwortet immer eine Vereinfachung der Abläufe, um Geld zu sparen. Aber sicher nicht, wenn sie unnötigerweise 4,1 Millionen Franken kostet.*

Weitere Wortmeldungen:

Christian Traber (Die Mitte): *Die Fraktion Die Mitte/EVP will den Status quo. Wir unterstützten die Motion im Jahr 2022 nicht und lehnen die Vorlage ab. Wir anerkennen aber – im Gegensatz zur SVP –, dass es heute nicht ganz einfach ist, ein Parkhaus zu betreiben. Die heutige Struktur der PZAG macht aber Sinn: Die PZAG hat als ausgegliederte selbstständige AG die richtige Organisationsform mit der nötigen Flexibilität. Mit der Weisung wird ein Schritt retour gemacht. Wir anerkennen, dass dies im Jahr 2022 dem Wunsch der Mehrheit entsprach, lehnen die Weisung aber ab. Die Vorlage wurde von der Verwaltung aber sehr gut ausgearbeitet. Wir sehen, dass Parkhäuser für die Attraktivität der Stadt Zürich wichtig sind. Wir sehen nicht, dass die Parkhäuser – wie im Postulat gefordert – schrittweise umgenutzt werden sollen. Sie werden gebraucht.*

Patrik Maillard (AL): *Die AL unterstützt die Weisung, weil sie auf einer Motion der AL basiert. Wir lehnen sämtliche Änderungsanträge ab. Das Begleitpostulat der Grünen unterstützen wir. Wir finden es sinnvoll, wenn geprüft wird, was man aus den Parkhäusern sonst noch machen könnte. Die AL setzt sich seit jeher für Rekommunalisierungen respektive Kommunalisierungen ein. Es war die AL, die die Kommunalisierung der Rolf Bosshard AG gefordert und durchgesetzt hat. Damals übergab das ERZ der Rolf Bosshard AG unkontrolliert Aufträge und die Arbeiter*innen der Müllabfuhr waren zu viel schlechteren Bedingungen angestellt. Das war der ERZ-Skandal, eine Geschichte von*



Korruption, Vetternwirtschaft und mangelnder Kontrolle. Die Kommunalisierung einer Aktiengesellschaft, die seit rund 40 Jahren im Besitz der Stadt Zürich ist, ist aus unserer Sicht überfällig. Sie bietet nur Vorteile – sowohl für die Stadt als auch für die Angestellten, die bald vollständig von den guten Arbeitsbedingungen der Stadt Zürich profitieren werden. Warum aber eine funktionierende IT-Infrastruktur migrieren und aufwendig in die IT der Stadt Zürich integrieren? Sind das nicht verpulverte 2 Millionen Franken? Wir sagen: Nein. Wenn die PZAG in die städtische Verwaltung integriert wird, soll es nicht parallel laufende IT-Systeme geben. Das kommt kurzfristig vielleicht billiger, lohnt sich aber langfristig wegen der erhöhten Sicherheit und weil sich Anpassungen, Firewalls, Neuanschaffungen und ein einheitlicher Support letztlich auch finanziell auszahlen. Beim ERZ-Skandal war laut Bericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK) die Kontrolle – die Oberaufsicht durch den Gemeinderat – nicht existent. Natürlich hat vor allem der Gesamtstadtrat und insbesondere der damalige Departementsvorsteher STR Filippo Leutenegger versagt. Aber der PUK-Bericht forderte auch vom Gemeinderat, seine Kontrollfunktion künftig besser wahrzunehmen. Diese Oberaufsicht konnte der Gemeinderat gegenüber der PZAG nicht wahrnehmen. Das war für die AL ein wichtiger Grund, die Motion einzureichen. Der Stadtrat wollte die Motion nur als Postulat entgegennehmen. Trotzdem überwies der Gemeinderat die Motion. Der Stadtrat hat den Auftrag bestens erfüllt, weshalb wir der Weisung und Abschreibung zustimmen.

Martin Busekros (Grüne): Der Verkehrssektor ist das Problemkind der Schweizer Klimapolitik. Wenn wir ein Auge aufs städtische Netto-Null-Cockpit werfen, sehen wir, dass die Stadt auch noch im Jahr 2040 mit 240 Kilogramm CO₂-Emissionen durch den Verkehr rechnet. Diese Emissionen müssen aufwendig kompensiert werden. Rechnen wir mit den Kosten der Anlage im Werdhölzli, kommen wir auf 120 Franken pro Jahr und Person, für die die Stadtbevölkerung aufkommen muss. Unsere Forderung nach einer schrittweisen Überführung der Parkhäuser in Nutzungen, die unsere Gemeindeordnung vorsieht – wie das Drittelsziel oder Netto-Null – ist äusserst gemässigt und pragmatisch. Es kann nicht sein, dass wir im Jahr 2040 noch Parkplätze für renitente SUV-Fahrer*innen von der Goldküste anbieten und für deren Emissionen aufkommen müssen.

Selina Frey (GLP): Die GLP sieht die gute Absicht des Begleitpostulats der Grünen mit der schrittweisen Überführung in eine nachhaltigere Mobilität. Aber zum jetzigen Zeitpunkt ist es nicht angezeigt, Parkhäuser zurückzubauen oder umzunutzen. Wir sehen es längerfristig aber als Option. Deshalb unterstützen wir weder den Dispositivantrag der SVP, der den Bestand der Parkplätze festsetzen wird, noch das Begleitpostulat.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Natürlich wurde gesagt, die PZAG habe Fehler gemacht. Aber das ist längst gegessen. Wir hatten das in der Geschäftsprüfungskommission (GPK). Aber es ist klar, dass die beiden Traktanden zusammengehören. Die Verstaatlichung der Parkhäuser macht keinen Sinn ohne das Postulat. Die Weisung zur Verstaatlichung ist ein Mittel, um das Postulat durchsetzen zu können. Über die Notwe-



nigkeit von Parkplätzen haben wir schon genug diskutiert, darauf muss ich nicht zurückkommen. Das Ganze kommt mir wie eine Hauruckübung des Stadtrats vor. Das erinnert mich an Donald Trump oder Elon Musk. Diese Nähe des Denkens zu den beiden hätte ich mir so nicht vorgestellt – ich hoffe, das ist nicht die neue Ideologie des Stadtrats.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende neue Dispositivziffer 2 (Die Dispositivziffern 2–4 werden zu Dispositivziffern 3–5):

1. Die Gesamtzahl der Parkhäuser und darin enthaltenen Parkplätze werden nicht abgebaut und bleiben per Stand 1. Januar 2025 erhalten.

Mehrheit: Referat: Patrik Maillard (AL); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Selina Frey (GLP), Anjushka Früh (SP), Jürg Rauser (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Minderheit: Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Abwesend: Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP); Martin Busekros (Grüne), Lara Can (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 2:

2. Es wird zustimmendablehnend zur Kenntnis genommen, dass die zuständigen Anstellungsinstanzen die Anstellung der Mitarbeitenden der PZAG bei der Stadt auf 1. Januar 2026 verfügen, bevor der Gemeinderat über das Budget 2026 beschlossen hat.

Mehrheit: Referat: Patrik Maillard (AL); Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Jürg Rauser (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Minderheit: Referat: Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Selina Frey (GLP)
Enthaltung: Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Abwesend: Samuel Balsiger (SVP), Martin Busekros (Grüne), Lara Can (SP)



8 / 10

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 82 gegen 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag zu Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK FD beantragt Streichung der Dispositivziffer 4.

Mehrheit:	Referat: Patrik Maillard (AL); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Selina Frey (GLP), Anjushka Früh (SP), Anthony Goldstein (FDP), Jürg Rauser (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Christian Traber (Die Mitte)
Abwesend:	Referat Minderheit: Samuel Balsiger (SVP); Martin Busekros (Grüne), Lara Can (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Mehrheit:	Referat: Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Selina Frey (GLP), Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Patrik Maillard (AL); Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Jürg Rauser (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP), Martin Busekros (Grüne), Lara Can (SP)

Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 56 gegen 61 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der SK FD beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Referat: Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Selina Frey (GLP), Anthony Goldstein (FDP), Christian Traber (Die Mitte)
Minderheit:	Referat: Patrik Maillard (AL); Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Anjushka Früh (SP), Jürg Rauser (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne)
Abwesend:	Samuel Balsiger (SVP), Martin Busekros (Grüne), Lara Can (SP)



Der Rat lehnt den Antrag der Mehrheit mit 42 gegen 75 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Zustimmung: Referat: Patrik Maillard (AL); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Selina Frey (GLP), Anjushka Früh (SP), Anthony Goldstein (FDP), Jürg Rauser (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Christian Traber (Die Mitte)
Abwesend: Samuel Balsiger (SVP), Martin Busekros (Grüne), Lara Can (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK FD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

Zustimmung: Referat: Patrik Maillard (AL); Serap Kahriman (GLP), Präsidium; Hans Dellenbach (FDP), Vizepräsidium; Ivo Bieri (SP), Simon Diggelmann (SP), Selina Frey (GLP), Anjushka Früh (SP), Anthony Goldstein (FDP), Jürg Rauser (Grüne) i. V. von Luca Maggi (Grüne), Christian Traber (Die Mitte)
Abwesend: Samuel Balsiger (SVP), Martin Busekros (Grüne), Lara Can (SP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK FD mit 113 gegen 4 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Für die Kommunalisierung der Bewirtschaftung der städtischen Parkhäuser wird zu den neuen einmaligen Ausgaben von zwei Millionen Franken gemäss STRB Nr. 3387/2024 ein Zusatzkredit von Fr. 2 116 000.– bewilligt. Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 4 116 000.–.

Unter Ausschluss des Referendums:

2. Es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass die zuständigen Anstellungsinstanzen die Anstellung der Mitarbeitenden der PZAG bei der Stadt auf 1. Januar 2026 verfügen, bevor der Gemeinderat über das Budget 2026 beschlossen hat.



10 / 10

3. Die Motion GR Nr. 2021/184 der AL-Fraktion vom 21. April 2021 betreffend Kommunalisierung der Bewirtschaftung der Parkhäuser und Liquidation der Parking Zürich AG wird abgeschrieben.
4. Das Postulat GR Nr. 2002/483 von Roger Bartholdi und Roger Liebi (beide SVP) vom 13. November 2002 betreffend Parkhäuser, Privatisierung wird abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 12. Februar 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 14. April 2025)

4271. 2025/10

**Postulat von Martin Busekros (Grüne) und Luca Maggi (Grüne) vom 15.01.2025:
Umnutzung der städtischen Parkhäuser für weitere städtische Infrastrukturen
oder Wohnraum**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2024/498, Beschluss-Nr. 4270/2025.

Luca Maggi (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4195/2025).

Anthony Goldstein (FDP) begründet den namens der FDP-Fraktion am 29. Januar 2025 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 61 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat